



HESSISCHER LANDTAG

17. 06. 2014

Plenum

Antrag

**der Abg. Siebel, Gremmels, Löber, Lotz, Müller (Schwalmstadt),
Schmitt, Warnecke (SPD) und Fraktion**

betreffend Umwandlung von Wohnraum in Büroraum verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Verordnung des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen. Damit sollen Kommunen die rechtliche Grundlage wieder erhalten, die Umwandlung von Wohnraum in Büroraum zu verhindern.

Begründung:

In einigen Kommunen des Landes Hessen wird der Druck auf den Wohnraum und damit auf die Preisentwicklung dadurch verstärkt, dass Wohnungen in Büros umgewandelt werden. Dies betrifft insbesondere die Kommunen und Stadtteile, die in besonderem Maße von hohen Mieten betroffen sind. Durch die Verordnung kann in diesen Bereichen Wohnraum erhalten bleiben und somit ein weiterer Druck auf die Wohnraumversorgung verhindert werden.

Besonders muss hervorgehoben werden, dass die Entscheidungsbefugnis über die Anwendung der Verordnung bei den Kommunen liegen muss.

Wiesbaden, 17. Juni 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

**Siebel
Gremmels
Löber
Lotz
Müller (Schwalmstadt)
Schmitt
Warnecke**